



### Presseschau vom 15.07.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Kreml weiß nichts von Siemens-Plänen nach Ausstieg aus Projekten in Russland

Der Kreml weiß nichts von eventuellen Plänen des deutschen Technologiekonzerns Siemens, aus Projekten in Russland auszusteigen. Das sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag in Moskau.

Zuvor hatte die deutsche Zeitung „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf eigene Quellen berichtet, dass Siemens den Ausstieg aus dem Joint Venture Interawtomatika und aus der eigenen Tochter Siemens Gasturbinentechnologien erwägt. Die Münchner halten entsprechend 45,7 Prozent bzw. 65 Prozent der Anteile an den beiden Unternehmen. Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge soll Interawtomatika neben einigen anderen Firmen an Montage und Einfahren von zwei Siemens-Turbinen auf der Krim beteiligt gewesen sein.

Siemens werde Medien-Spekulationen über seinen möglichen Ausstieg aus Russland-Projekten nicht kommentieren, sagte Konzernsprecher Philipp Encz.

Am vergangenen Dienstag hatten die Münchner beim Schiedsgericht Moskau eine Klage gegen die russische Rostec-Tochter Technopromexport (TPE) und Interawtomatika wegen der Lieferung seiner Turbinen auf die Krim eingereicht. Die Auslieferung deutscher Turbinen auf die Krim laufe gegen die Sanktionspolitik der EU zuwider, hieß unter anderem es zur Begründung.

Am Montag teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow mit, dass neue Kraftwerke auf der Krim mit Gasturbinen aus russischer Produktion bestückt werden. Die Moskauer Tageszeitung "Kom-

mersant" verwies darauf, dass TPE vier Turbinen großer Leistung für die Kraftwerke Simferopol und Sewastopol auf dem Sekundärmarkt erworben habe. Dabei habe die Rostec-Tochter behauptet, dass die beiden Siemens-Turbinen in russischen Werken modernisiert worden seien.

In Sewastopol und in der Krim-Hauptstadt Simferopol werden zurzeit zwei Wärmekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 940 Megawatt gebaut. Sie sollen die Krim-Bewohner künftig reibungslos mit Strom versorgen.

de.sputniknews.com: Putin sieht Chance auf Weiterentwicklung von Dialog mit Trump  
Der russische Präsident Wladimir Putin hofft, den Dialog mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump weiterentwickeln zu können.

Bei einem Treffen mit Beschäftigten des Bergbauaufbereitungskombinats „Lebedinski“ bei Belgorod sagte Putin am Freitag: „Wenn wir einen solchen Dialog weiterführen, so gibt es – im humanen Sinne, wie Sie sagten, – eine Chance zur Hoffnung, dass sich dieser Dialog weiterentwickeln wird.“

Trump „versteht es, zuzuhören und lebhaft zu reagieren und zu kommunizieren“, so Putin. Seinen Worten zufolge ist Trump nicht ein Mensch, der das, was er zu hören bekommt, auf eigene Art und Weise interpretiert.

„Er reagiert auf seinen Gesprächspartner, auf seine Argumente und diskutiert, selbst wenn ihm etwas nicht gefällt und er damit nicht einverstanden ist. Er stellt Fragen, reagiert auf Argumente des Gesprächspartners. Das ist wichtig und meiner Meinung nach positiv“, so der russische Staatschef.

Dan-news.info: „Um 19:55 Uhr hat die ukrainische Seite einen Beschuss im Süden der Republik begonnen. Unter Beschuss geriet der Beobachtungspunkt des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination in **Besymennoje**. Die Geschosse explodierten in einigen Dutzend Metern Entfernung. Aus Sicherheitsgründen wurden die Beobachter in Schutzräume evakuiert“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Verletzte gibt es in Folge des Beschusses nicht, Beschädigungen werden noch ermittelt. Nach vorläufigen Informationen wurde mit Panzergeschossen und Mörsern geschossen.

de.sputniknews.com: Assange kommentiert Einbehalt von diplomatischem Vermögen Russlands in den USA

Das Einbehalt diplomatischer Eigentumsverhältnisse Russlands in den USA sprengt die allgemein gültigen Normen. Diese Ansicht vertrat der Begründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange.

„Die diplomatische Gemeinschaft ist der Ansicht, dass das Einbehalt von zwei Anwesen, die Eigentum der russischen Botschaft sind, durch (den damaligen US-Präsidenten Barack) Obama über alle Normen hinausgeht. Warum? Nicht aus großer Liebe für Russland. Sondern deshalb, dass diese neue Norm im Grunde alle Botschaften weltweit gefährden könnte“, schrieb Assange im Kurznachrichtendienst Twitter.

Er verglich die entstandene Situation mit der Krise um die US-Botschaft in Teheran im Jahr 1979, als Teilnehmer von Protesten Mitarbeiter der diplomatischen Mission als Geiseln genommen hatten. „Aber der Schritt der Obama-Administration ist deutlich schlimmer, weil im Iran damals eine Revolution stattfand, der Staat ins Chaos gestürzt war und das Botschaftsgelände nicht von den Regierungskräften, sondern von den Protestierenden besetzt wurde. Dagegen gingen in den USA die Landesbehörden vor und verstießen somit gegen Bestimmungen der Wiener Konvention über die diplomatischen Beziehungen – das Basisdokument im Bereich des diplomatischen Rechts.“

Assange schrieb ferner, dass die Verletzung dieser Konvention durch Obama im Grunde einen

„Stich ins Herzen des diplomatischen Systems“ bedeutet. „Moskau könnte an das UN-Gericht appellieren und den Prozess in einigen Monaten gewinnen. Die eventuelle Weigerung der USA, sich dem Gerichtsbeschluss zu fügen, würde Washington und die übrige internationale Gemeinschaft entzweien, der Einfluss der USA im Gericht selbst würde dann deutlich sinken“, betonte Assange.

Das Weiße Haus prüfe die Möglichkeit der Rückgabe der Anwesen an Russland, um „der Kooperation eine Chance zu geben“, sagte Sebastian Gorka, Vizeberater von Präsident Donald Trump, in Washington. Indes erklärte sich Moskau zu einer adäquaten Antwort bereit: Russland würde ein Ferienhaus und ein Lagerraum der USA einbehalten sowie US-Diplomaten ausweisen, um die Zahl der Mitarbeiter in den beiden Botschaften anzugleichen, falls Washington das Eigentum nicht zurückerstattet.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow rechnet damit, dass das Problem bei einem Treffen der Vizeaußenminister Sergej Rjabkow und Thomas Shannon am 17. Juli in Washington gelöst wird.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31581/43/315814339.jpg>

de.sputniknews.com: Kreml: Noch keine Entscheidung über Ausweisung von US-Diplomaten  
Der russische Präsident Wladimir Putin hat noch keinen Beschluss über Antwortmaßnahmen Russlands in Bezug auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus den USA gefasst. Das sagte der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, gegenüber Journalisten.

Zuvor hatten Medien über die Pläne Moskaus berichtet, etwa 30 US-Diplomaten auszuweisen und mehrere Objekte des US-Vermögens in Russland mit Arrest zu belegen.

„Der Staatschef, der die Grundpfeiler der Außenpolitik Russlands festlegt, hat noch keine diesbezügliche Entscheidung getroffen. Dabei haben wir wiederholt hervorgehoben, dass die Situation mit den Diplomaten und dem diplomatischen Eigentum inakzeptabel bleibt. Damit wird die russische Seite auf eine harte Geduldsprobe gestellt“, so Peskow.

Wie der stellvertretende Berater des US-Präsidenten, Sebastian Gorka, am Donnerstag sagte, erwägt das Weiße Haus die Rückgabe des russischen diplomatischen Eigentums, um „eine Chance für die Kooperation“ zu schaffen.

Das russische Außenministerium hat am Freitag darauf verwiesen, dass Moskau wegen der Hinauszögerung dieser Frage durch Washington bereit sei, eine spiegelbildliche Antwort auf die Arrestlegung des diplomatischen Eigentums zu geben sowie US-amerikanische Diplomaten des Landes zu verweisen. Es wird erwartet, dass dieses Thema bei einem Treffen zwischen

den Vizeaußenministern Russlands und der USA, Sergej Rjabkow und Thomas Shannon, am Montag in Washington besprochen wird.

Die Administration des früheren US-Präsidenten Barack Obama hatte Ende Dezember 2016 ein Paket von antirussischen Sanktionen wegen der angeblichen „Wahleinmischung“ und der „Druckausübung gegen amerikanische Diplomaten“ angenommen, die in Russland arbeiten. Die USA sperrten den Zugang zu zwei Wohnkomplexen – für die ständige Vertretung Russlands in New York und für die russische Botschaft in Washington —, die diplomatisches Eigentum Russlands sind....

### **Vormittags:**

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden neunmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk, Kalinowo, Frunste, Rajewka, Sholtoje und Prischib**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Hamburg: Festgenommener Russe lehnt Gespräch mit Diplomaten ab  
Einer der beiden Russen, die in Hamburg wegen der Teilnahme an den Krawallen während des G20-Gipfels in Gewahrsam genommen wurden, hat es abgelehnt, mit russischen Diplomaten zu sprechen.

Wie der Presseattaché der russischen Botschaft in Berlin, Denis Mikerin, dazu äußerte, werden dadurch die Möglichkeiten für eine rechtliche Hilfe für den Mann wesentlich eingeschränkt.

Das G20-Gipfeltreffen am 7. und 8. Juli in Hamburg war mit beispiellosen Wirren und Unruhen einhergegangen, die von Antiglobalisten und anderen Gegnern dieser politischen Großveranstaltung organisiert worden waren.

Laut der deutschen Staatsanwaltschaft wird den Festgenommenen zur Last gelegt, anderen Personen schwere Körperverletzungen zugefügt und Widerstand gegen die Polizei geleistet zu haben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31660/48/316604877.jpg>

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss und dessen Folgen:

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 49-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **22 Ortschaften der Republik beschossen**“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Der Vertreter des Kommandos erläuterte, dass die Einheiten des Gegners Artillerie- und Panzergeschütze, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet haben.

„Durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte auf **Leninskoje, Dershinskoje, Kominternowo, Nowaja Tawrija, Saitschenko im Nowoasowskij-Bezirk** wurden Transformatorunterstationen beschädigt, die Ortschaften haben keinen Strom. Die Reparaturarbeiten laufen“, teilte das operative Kommando mit und fügte hinzu, dass in **Dokutschajewsk** ein Wohnhaus und eine Gasleitung beschädigt wurden.

„In der Nacht wurde die Stromversorgung von 17 Unterstationen unterbrochen, aber die Energietechniker sind um 5:00 Uhr hinausgefahren und haben alle wieder angeschlossen. Außerdem gibt es direkte Treffer auf zwei Häuser: Tschernogorskaja-Straße 20 und Musa-Dshalil-Straße 11“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit.

de.sputniknews.com: Rückgabe von diplomatischem Eigentum: Kreml lehnt US-Bedingungen ab

Moskau lehnt die von Washington gestellten Bedingungen für die Rückgabe von zwei Anwesen der russischen Diplomaten in den USA als „nicht korrekt“ ab. Dies teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow mit.

„Die Rückgabe des diplomatischen Eigentums an Russland kann und darf nicht an irgendwel-

che Bedingungen geknüpft werden“, sagte Peskow. Die Einbehaltung von zwei Anwesen widerspreche grundsätzlich dem Völkerrecht. „Wahrscheinlich geht es hier um eine falsche Formulierung, denn das (die Forderungen an Russland – Anm. d. Red.) kommt nicht in Frage.“ Präsident Wladimir Putin habe bislang keine Entscheidung zu Gegenmaßnahmen als Antwort auf die Ausweisung von 35 russischen Diplomaten durch Washington im Jahr 2016 getroffen...

de.sputniknews.com: US-Kongress erwägt Vereinigung der Sanktionsgesetze gegen Moskau und Pjöngjang

Die Republikaner im Repräsentantenhaus des US-Kongresses prüfen gegenwärtig die Möglichkeit, den Gesetzentwurf über die antirussischen Sanktionen mit dem Dokument zur Verschärfung von Einschränkungmaßnahmen gegen Nordkorea zu vereinen. Dies berichtet CNN am Samstag.

Der Agentur zufolge soll der Anführer der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, erklärt haben, dass die Gesetzentwürfe vereinigt werden müssten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Ed Royce, teilte seinerseits dem TV-Sender mit, dass diese Idee tatsächlich existiere und Aufmerksamkeit verdiene. Außerdem soll er über die Arbeit an einer eigenen Version des Gesetzentwurfes über Sanktionen, der von den beiden Parteien entwickelt worden sei, erzählt haben.

Der Berater von Kevin McCarthy bestätigte, dass die Idee, beide Gesetzentwürfe zu vereinen, erst erörtert werde, da die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden sei.

Zuvor war dem US-Kongress eine neue Version des Gesetzentwurfes über die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland vorgelegt worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30363/20/303632035.jpg>

Dnr-online.ru: In dieser Woche fand ein Arbeitstreffen der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit dem Vorsitzenden der UN-Beobachtermission zu Menschenrechten in der Ukraine Fiona Frazer statt.

Wie der Pressedienst der Bevollmächtigten mitteilte, wurden im Rahmen des Treffens Fragen von Vermissten, von in Folge von Folter durch ukrainische Soldaten Verstorbenen sowie Fragen des Austauschs von Kriegsgefangenen erörtert. Außerdem wurde die destruktive Position der bevollmächtigten Vertreter Kiews in der humanitären Untergruppe erörtert. In dieser Woche sind beim Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR

drei Erklärungen über Gefangennahmen eingegangen. Ein Mann, geb. 1983, erhielt eine Nachricht über die Erkrankung seiner Mutter im Oblast Cherson, während der Fahrt zu Verwandten im Juni 2017 wurde er von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine festgenommen. Weitere zwei Männer, geb. 1984 und 1973, wurden in Artjomowsk bzw. Awdejewka festgenommen.

Vermisstenmeldungen gingen in dieser Woche nicht ein.

Nach operativen Daten, Stand 14. Juli 2017, werden von der ukrainischen Seite 687 Menschen festgehalten, darunter:

- 419 Menschen, deren Anwesenheit auf ukrainischem Territorium bestätigt ist;
  - 265 Menschen, über die es keine Informationen gibt oder wo sie von der ukrainischen Seite noch ermittelt werden;
  - 3 Menschen, bei denen zum ersten Mal eine Anfrage an die ukrainische Seite gestellt wurde.
- Zum Stand am 14. Juli befinden sich auf der Liste der Vermissten 508 Personen.

rusvesna.su: Im Donbass wurde eine Granate in ein Wohnhaus geworfen, eine Frau starb  
Im Dorf Pokrowskoe (auf dem durch Kiew kontrollierten Territorium der DVR) hat ein unbekannter Angreifer eine Granate in ein Wohnhaus geworfen, in der Folge der Explosion starb die Besitzerin.

Über diesen Notfall informierte der Pressedienst der Besatzer-“Nationalpolizei“.

„Ein Unbekannter warf eine Granate in das Haus einer 53jährigen Ortseinwohnerin. Die Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie an ihren zahlreichen Verletzungen starb“, heißt es in der Erklärung der ukrainischen Behörde.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/kinuli\\_granatu\\_v\\_zhiloy\\_dom.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/kinuli_granatu_v_zhiloy_dom.jpg)

Dnr-online.ru: Heute findet im Bereich des Lenin-Platzes von Donezk ein landwirtschaftlicher Markt statt, an dem etwa 30 republikanische landwirtschaftliche Produzenten, Unternehmen der Lebensmittel- und der Weiterverarbeitenden Industrie teilnehmen. Initiator der Veranstaltung ist das Landwirtschaftsministerium der DVR.

Auf dem Markt können die Einwohner und Gäste der Stadt Fleisch-, Milch-, Fischprodukte, Konditorei- und Bäckereiwaren sowie Pilze und Gemüse republikanischer Erzeuger kaufen, außerdem gibt es eine große Auswahl an Honigprodukten.

Im Rahmen der Veranstaltung gaben Aktivisten der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ kostenlos an Rentner und Invaliden bei Vorlage eines entsprechenden Nachweises je ein kg Zucker aus.

**nachmittags:**

rusvesna.su: **„Wir sind schockiert über das Urteil“: Wie ein Brite 5 Jahre Haft für die Unterstützung der Volksmilizen im Donbass erhielt:**

Ein britisches Gericht verurteilte erstmals einen Bürger des Landes zu einer realen Gefängnisstrafe wegen der Unterstützung der Volksmilizen im Donbass.

Der 41-jährige Benjamin Stimson, der im Jahr 2015 vier Monate lang als Fahrer eines Rettungswagens „Erste Hilfe“ im Donbass gearbeitet hatte, muss 5 Jahre und 4 Monate im Gefängnis verbringen, wegen Verstoßes gegen die Anti-Terror-Gesetze Großbritanniens. Der Richter bestätigte, dass Stimson niemandem körperlichen Schaden zugefügt hat, jedoch „half er den Volksmilizen durch seine Anwesenheit und Teilnahme und war damit ein Beispiel für andere“.

Der Vater des Verurteilten gab zu, dass er nicht erwartet hatte, dass die Strafe so hart ausfällt, und dass er nicht gewusst hatte, warum sein Sohn in den Donbass ging.

Das Gericht in Manchester verurteilte den Briten ... wegen „terroristischer Aktivitäten“ ...

Der Richter hatte erklärt, dass Stimson zu 8 Jahren Haft verurteilt worden wäre, jedoch wurde ihm ein Drittel der Strafe erlassen wurde, da er sich für schuldig erklärt hatte....

Der Anwalt Stimsons stellte fest, dass die Präsentation Stimsons als „Kämpfer“ durch das Gericht in hohem Maße eine Übertreibung oder gar ein „Hirgespinst“ sei.

Ursprünglich war Stimson auch noch wegen der Vorbereitung und Durchführung von Terroranschlägen angeklagt worden, doch diese Beschuldigungen wurden fallen gelassen. Die Staatsanwaltschaft hatte behauptet, dass Stimson die „Absicht gehabt hatte, mit Hilfe Dritter Terroranschläge zu begehen, indem er in die Reihen der Volksmiliz eintrat, die der Regierung der Ukraine Widerstand leisten, und als Kämpfer der Volksmiliz Dienst tat“.

Der Richter jedoch fand dafür keine Beweise und entschied, dass Stimson kein Extremist sei und keine Gefahr für die Bürger Großbritanniens darstelle.

Seinerseits stellte der Leiter der Nordwestlichen Abteilung zur Bekämpfung des Terrorismus Russ Jackson fest, dass die Fotos Stimsons in Uniform und einer Waffe in der Hand „zutiefst beunruhigend“ seien.

„Er wurde inhaftiert für die Rolle, die er in dem bewaffneten Konflikt spielte. Ich hoffe, dass seine Verurteilung eine Botschaft an alle ist, die die Möglichkeit erwägen, sich an solchen Konflikten zu beteiligen“ fügte Jackson hinzu...

Der 41-jährige Benjamin Stimson hatte im Jahr 2015 vier Monate im Donbass verbracht, um der örtlichen Volksmiliz zu helfen, und im Oktober gab er einem BBC-Reporter ein Interview in der Nähe von Debaltsewo. Wie Stimson während des Gesprächs erklärte, sei er stolz darauf, was er tat.

„Ich bin kein Terrorist, ich bin nicht wie diese Dschihadisten, die nach Syrien gehen“, betonte er.

Nach seiner Rückkehr nach Manchester wurde er von den britischen Strafverfolgungsbehörden unter dem Vorwurf des „Vorsatzes zur Ausführung von Terroranschlägen als Mitglied einer militanten Gruppierung, die gegen die Regierung der Ukraine kämpft“ festgenommen. Später wurde diese Beschuldigung fallen gelassen....

Auf ihrer offiziellen Twitter-Seite erklärte die Botschaft der Ukraine in Großbritannien, dass

die Entscheidung des Gerichtes in Manchester einen Präzedenzfall schafft und eine Warnung für alle ist, die sich mit der DVR und LVR verbünden wollen.

Der Vorsitzende der Kommission des Föderationsrates für Informationspolitik (Russlands – Anm. d. Übers.) Alexej Puschkow verwies auf die Doppelmoral in der britischen Justiz.

„Den Briten Stimson verurteilte man in England für den Krieg gegen ‚die legitime Regierung der Ukraine‘. Aber Sakajew erhielt für den Krieg gegen die legitime Regierung Russlands sogar politisches Asyl“, schrieb Puschkow.

Wir erinnern daran, dass der „Brigadegeneral“ der selbsterklärten Tschetschenischen Republik Itschkeria Achmed Sakajew am ersten und zweiten Tschetschenien-Krieg gegen Russland teilnahm und beschuldigt wurde, eine Reihe von Terroranschlägen begangen zu haben.

Im Oktober 2001 wurde er zur internationalen Fahndung ausgeschrieben, doch im Ergebnis der Gerichtsverfahren in Dänemark im Jahr 2002 und in Großbritannien 2003 wurde er freigesprochen und auf Beschluss des britischen Innenministeriums wurde ihm politisches Asyl gewährt.

Ein ähnlicher Prozess (wie das Verfahren gegen Stimson – Anm. d. Übers.) gegen einen Teilnehmer des Konfliktes im Donbass findet gerade in Lettland statt. Dort wird der Einwohner von Daugavpils Artom Skripnik der Teilnahme an ungesetzlichen militärischen Operationen im Ausland sowie der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord“ beschuldigt. Nach diesen Paragraphen droht dem Letten bis zu lebenslanger Haft.

Nach Angaben Skripniks war er bei der Volksmiliz der LVR, aber nach einer schweren Verwundung beschäftigte er sich mit humanitären Aktionen.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/bendzhamin\\_stimson.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/bendzhamin_stimson.jpg)

de.sputniknews.com: **Darum kämpft Russland gegen Fälschung seiner Geschichte** – Putin Russland wird laut Präsident Wladimir Putin alles daransetzen, um gegen die Versuche, seine Geschichte zu fälschen, zu kämpfen.

„Man darf deshalb nicht verrückt werden. Man muss das einfach als Arbeitsmoment betrachten. Aber man muss beharrlich, klar, eingängig und argumentiert unsere eigene Position zeigen“, sagte Putin bei einem Treffen mit Mitarbeitern des Bergbaukombinats Lebedinski in Gubkin bei Belgorod (Zentralrussland).

Wenn sich Russland daran halten und der Frage die nötige Aufmerksamkeit widmen werde, so würden jegliche Versuche, etwas zu fälschen und die eigene Geschichte des Landes gegen es

selbst auszunutzen, zum Scheitern verurteilt sein.

Russlands Gegner hatten Putin zufolge schon seit langem die Geschichte als Mittel genutzt, um gegen Russland kämpfen zu können. Und jetzt befürchteten seine Gegner, dass Russland „zu stark“ geworden sei.

„Dann kommt es sofort zu diesen Zwecklügen, darunter auch zu einer Verzerrung der Geschichte: Wenn wir immer so schlecht gewesen wären, worüber sollte man dann mit solchen Menschen reden“, erläuterte Putin.

Als Beispiel führte Putin die Tatsache an, dass fast jeder dritte Japaner der Auffassung sei, dass die UdSSR die Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hätte. Im Westen sei auch die Meinung verbreitet, dass hauptsächlich die USA und Großbritannien zum Sieg über dem Nazismus beigetragen hätten, obwohl in den USA 500.000 Menschen, in Großbritannien 350.000 und in der UdSSR dagegen 27 Millionen Menschen während des Zweiten Weltkrieges ums Leben gekommen waren.

Wie Putin ausführte, verfolgt der Kampf gegen die Fälschung der Geschichte nicht das Ziel, die Größe Russlands zu zeigen, sondern vielmehr seine reale Rolle in den Weltprozessen. Schon im Jahr 2016 hatte Putin gesagt, dass die Versuche, die Geschichte neu zu schreiben und den konjunkturbedingten politischen Interessen zuliebe Nazis und ihre Anhänger zu rehabilitieren, zynisch und völlig inakzeptabel seien.

Am Mittwoch hatte die Nato ein achtminütiges Video als Doku mit gespielten Szenen ins Internet gesetzt, in dem die „Waldbrüder“ als Helden gezeigt werden, die ausschließlich um die Unabhängigkeit ihrer Länder von der Sowjetunion gekämpft und eine breite Unterstützung unter der Zivilbevölkerung, die an der Wiederherstellung der eigenen Staatlichkeit interessiert war, genossen haben sollen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte via Facebook den Nato-Film „Waldbrüder“ scharf kritisiert. Ihr zufolge geht es dabei um eine Untergrabung der Ergebnisse der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31660/72/316607226.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

**Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich verschärft, bleibt aber kontrollierbar, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner neunmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Rajewka, Kalinowo, Sholtoje, Prischib, Frunse und Slawjanoserbsk**. Die ukrainischen Streitkräfte haben beim

Beschuss von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 124 Mörsergeschosse und Granaten abgefeuert.

Während der Vorbereitung einer weiteren Provokation starben drei Soldaten des 1. Bataillons der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bei der Installation von Minensperren in der „Grauen Zone“, drei weitere wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Wir haben den Namen eines der Toten bei diesem Vorfall festgestellt, es ist der Soldat der 53. Brigade Ostapenko.

Die ukrainischen Truppen haben die **Aufklärung entlang der Kontaktlinie mit Hilfe von Drohnen aktiviert**, was durch die Minsker Vereinbarungen kategorisch verboten ist.

So wurde festgestellt, dass im Verantwortungsbereich der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Abschnitt zwischen Troizkoje und Luganskoje an der Kontaktlinie vom Gegner Luftaufklärung unter Verwendung einer Drohne ausländischer Herkunft zur Artillerieschwerartillerie durchgeföhrt wurde.

Das ukrainische Kommando verletzt weiter die Bedingungen für die Stationierung von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und nutzt das Regime der Feuereinstellung für die Konzentration von militärischem Potential seiner Einheiten in der „ATO“-Zone.

Es wurde festgestellt, dass im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowoswanowka auf den Positionen eines Stützpunktes des 3. Bataillons drei Schützenpanzerwagen und drei Lastwagen mit Munition und Material eingetroffen sind. Im Gebiet von Orechowo wurden im Waldstück Kasennoje zwei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ aus dem Bestand der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte beobachtet, die zur Ablösung der 93. Brigade eingetroffen ist.

Wir meinen, dass der regelmäßige Beschuss des Gebiets von Staniza Luganskaja unmittelbar mit dem Unwillen der Ukraine, ihre Verpflichtungen aus den Minsker Verhandlungen zu erfüllen, zusammenhängt. Immer bevor ein Datum zum Abzug näherrückt, beschießen sie unsere Positionen und beschuldigen dann die Volksmiliz, dass der Beschuss von unserer Seite ausging. Aber es ist immer genau umgekehrt.

Wir sagen nicht unbegründet etwas – Sie können heute den OSZE-Bericht öffnen, wo die Mission deutlich auf neuen Beschuss von der ukrainischen Seite verweist.

Ukrinform.ua: In den letzten 24 Stunden wurde durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) im Osten der Ukraine ein ukrainischer Soldat getötet, gab heute auf einem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Oberst Andrij Lysenko, bekannt.

„Während des letzten Tages ist bei aktiven Kämpfen ein ukrainischer Soldat getötet worden, drei weitere Soldaten wurden verletzt“, sagte er.

Wie Ukrinform berichtet hatte, hat der Feind in den letzten 24 Stunden 35 Mal die Waffenruhe verletzt. Ukrainische Soldaten haben das Gegenfeuer 15 Mal eröffnet.

de.sputniknews.com: Damaskus gewinnt Kontrolle über Ölfelder in Rakka und Deir ez-Zor zurück.

Die syrischen Regierungstruppen haben die Kontrolle über vier Ölfelder in den Provinzen Rakka und Deir ez-Zor zurückerlangt. Das teilte eine Quelle aus syrischen Militärkreisen am Samstag RIA Novosti mit.

„Die Syrisch-Arabische Armee hat mehrere Ortschaften im Süden der Provinz Rakka und im Westen von Deir ez-Zor wieder unter ihre Kontrolle gebracht sowie die vier Ölfelder Tbisán, Wahab, Fahad und Kabir“, so der Informant.

Zudem schätzte er die Situation in den meisten Gebieten Syriens als zunehmend positiv ein.

Die Armee würde weiter vorrücken und Kämpfer der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) sowohl in der Provinz Rakka als auch in den Provinzen Homs, As-Suwaida und Hama vernichten.

de.sputniknews.com: Assads Sturz für syrische Opposition kein akutes Thema mehr – russischer Diplomat:

Russlands UN-Botschafter in Genf, Alexej Borodawkin, hat die zu Ende gegangene Syrien-Gesprächsrunde eingeschätzt. Dies berichtet am Samstag RIA Novosti.

Dem Diplomaten zufolge sei „Genf-7“ zwar ohne Durchbrüche, aber trotzdem konstruktiv gewesen und habe positive Ergebnisse gebracht. Insbesondere sei die Position des Hohen Verhandlungskomitees der syrischen Opposition (HNC) zur Zukunft des Landes korrigiert worden. Es gehe jetzt nicht mehr um den Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad, sondern um die Erzielung von Vereinbarungen über politische Reformen. Borodawkin erläuterte, dass Russland mit einer Konsolidierung der Position der drei Delegationen der syrischen Opposition zum September 2017 rechne, was den Weg zu direkten Verhandlungen öffnen könne.

„Der Sinn der Korrektur besteht darin, dass die Oppositionsmitglieder im Laufe dieser Gesprächsrunde kein einziges Mal die Notwendigkeit des Sturzes des Präsidenten Baschar al-Assads und der legitimen Regierung der Arabischen Republik Syrien erwähnt haben. Letztendlich haben sowohl die radikalen Oppositionäre als auch ihre Sponsoren begriffen, dass zuerst der Frieden in Syrien sichergestellt werden muss, ehe man die politischen Reformen unter den Bedingungen der Normalisierung der Lage im Land vereinbart“, so Borodawkin.

Die 7. Runde der innersyrischen Verhandlungen in Genf erfolgte nach dem internationalen Treffen zu Syrien in Astana und den Gesprächen der Präsidenten Russlands und der USA in Hamburg.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31651/60/316516006.jpg>

ukrinform.ua: Poltorak: Beteiligung der Ukraine an Friedensmissionen beweist hohe Autorität der Streitkräfte der Ukraine.

Die Ukraine bleibe eines der führenden Länder in Europa nach Anzahl der Friedenssoldaten, was das Image des Staates in der internationalen Arena stärken und die hohe Autorität der Streitkräfte der Ukraine beweise, erklärte auf seiner Facebook-Seite der Verteidigungsminister der Ukraine, Stepan Poltorak, anlässlich des Tages des Friedensstifters.

„Heute bleibt die Ukraine eines der führenden Länder in Europa nach Anzahl von Friedenssoldaten, die in die Missionen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geschickt werden. Das stärkt das Image des Staates in der internationalen Arena und beweist

die hohe Autorität der Streitkräfte weit über ihre Grenzen hinaus“, betonte der ukrainische Verteidigungsminister.

Er stellte fest, dass Zivilisten auf verschiedenen Kontinenten die Tapferkeit und Friedensliebe, die Professionalität und den Mut der ukrainischen Friedenssoldaten kennen.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die ukrainische Seite verletzt weiter den „Brotwaffenstillstand“.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf **14 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 27 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 48 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner das Gebiet von **Sajzewo** aktiv mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner **sieben Ortschaften** und die umliegenden Gebiete mit 4 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, 21 Panzergeschossen sowie 44 Mörsergeschossen der Kaliber 82 und 120mm beschossen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit besonders darauf lenken, auf welche Art das Kommando der sogenannten „ATO“ der **Stadt Dokutschajewsk** zum vergangenen Tag der Stadt gratulierte.

In der Nacht wurden von den Positionen der ukrainischen 28. mechanisierten Brigade aus Wohngebiete der Stadt **mit Agitationsgeschossen** des Kalibers 122mm, die mit Propagandaflugblättern gefüllt waren, beschossen.

Dieser Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unter Anwendung von großkalibrigen Artilleriesystemen ist eine direkte Demonstration der Verletzung der Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs schwerer Waffen und des Beschusses sozial wichtiger Objekte durch Kiew.

Durch einen direkten Treffer der Geschosse wurde **ein Wohnhaus** in der Donezkaja-Straße beschädigt. Außerdem wurde in der Stroitelnyj-Gasse **eine Gasleitung beschädigt** – die Reparaturarbeiten laufen. Außerdem wurden im Verlauf des Artilleriebeschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte Transformatorunterstationen beschädigt. Dadurch haben die Ortschaften Leninskoje, Dsershinskoje, Kominternowo, Nowaja Tawrija und Saitschenko keinen Strom. Die Reparaturarbeiten laufen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **49 Fälle der Verletzung des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Bei der Erfüllung seiner Pflicht zur Verteidigung der Republik **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR.**

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Vergrößerung der Zahl von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie fest. So wurde im Gebiet von Artjomowsk, 20 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von acht Haubitzen „Giazint-B“ beobachtet.

Der Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade Kokorjew hat auf Anweisung des Kommandos der sogenannten „ATO“ eine weitere **Provokation mit Beschuss von Wohngebieten im Gebiet von Marjinka** geplant und durchgeführt. Von den dort eingetroffenen ukrainischen Journalisten wird dieser Beschuss als Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Streitkräfte der DVR ausgegeben.

Ich möchte anmerken, dass wir die friedlichen Menschen, die auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik, das zeitweise durch Kiew besetzt ist, leben, als unsere Mitbürger ansehen und ein Maximum an Anstrengungen einbringen, damit unsere Familien wiedervereinigt werden, damit die Menschen in ihre Häuser zurückkehren und beginnen können, die vom ukrainischen Staat zerstörte Ökonomie und das Leben der Menschen wieder aufzubauen.



[http://armiyadnr.su/uploads/posts/2017-07/medium/1500122849\\_ul\\_donetskaya\\_2-v\\_listovka.jpg](http://armiyadnr.su/uploads/posts/2017-07/medium/1500122849_ul_donetskaya_2-v_listovka.jpg)

de.sputniknews.com: Gipfel EU-Ukraine: Ein „Durchbruch“ in Richtung Sackgasse. Der Gipfel EU-Ukraine, der am 12. und 13. Juli in Kiew stattfand, kann laut der Online-Zeitung lenta.ru kaum als Erfolg gewertet werden.

Das Treffen, das ursprünglich auf zwei Tage anberaumt war, dauerte faktisch nur einige Stunden. Auf der Agenda standen Reformen in der Ukraine, die Situation im Donbass und auf der Krim und die Energiesicherheit. Als Hauptthema galt selbstverständlich die endgültige Ratifizierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU durch den EU-Rat, die am 11. Juli, am Vorabend des Gipfeltreffens, erfolgt war.

Wie die Online-Zeitung schreibt, war es unter anderem eine böse Überraschung für Kiew, dass sich die Seiten nicht auf eine Abschlusserklärung einigen konnten.

Laut europäischen Medienberichten bestand das Problem darin, dass Kiew darum bemüht war, den Passus über eine europäische Perspektive für sich in der Erklärung festschreiben zu lassen. Die Schlüsseländerer der EU wie die Niederlande, Deutschland und Frankreich hatten sich kategorisch dagegen ausgesprochen.

Ende vorigen Jahres hatte der EU-Rat auf Drängen der Niederlande einen Ergänzungspunkt zum Assoziierungsabkommen mit Kiew angenommen, laut dem der Ukraine kein EU-Beitrittsstatus gewährt wird und die EU keine diesbezüglichen Verpflichtungen für die Zukunft übernimmt. Nur dank dieser Klausel konnte die „Assoziierung“ zustande kommen. Wie lenta.ru dazu schreibt, war Kiew offensichtlich darum bemüht, diese Klausel mit einem schlaun Manöver zunichte zu machen, scheiterte jedoch daran: Die EU zog es vor, überhaupt keine Deklaration anzunehmen.

Nach Expertenschätzungen ist das ein schlechtes Zeichen für Kiew, umso mehr als das Gipfeltreffen keine praktischen Ergebnisse erbracht habe.

Laut der Zeitung haben sich die Ukraine und die EU in ihren Beziehungen einer Sackgasse angenähert, worauf eine ernsthafte Abkühlung zwischen beiden Seiten beginnen könne. Auch gebe es keine deutlichen Perspektiven für die Ukraine im Wirtschaftsbereich, so lenta.ru.

Nach Meinung der Zeitung wird jetzt alles auf einen Kuhhandel um die Revision der von der EU festgelegten Quoten für Kiew hinauslaufen. Die Diskussion um die eine oder andere Warengruppe könne jahrelang andauern.

Der Ball liege jetzt bei der ukrainischen Seite, so die Zeitung weiter. Die Kiewer Macht müsse

nun die besagte „Assoziierung“ ohne zusätzliche Versprechungen in einem hohen Tempo in die Tat umsetzen. Lenta.ru zufolge wird Kiew selbstverständlich etwas tun. Aber es könne nicht von einer ernsthaften Etablierung der europäischen Standards in der Ukraine gesprochen werden, egal was Poroschenko & Co auch immer versprechen mögen. Denn dafür müssten unzählige eingefahrene Schemata zerstört werden, und dieser Prozess sei kein schneller, wenn man bedenke, was für interessierte ranghohe Personen jetzt finanzielle „Ströme“ kontrollierten, die in einem solchen Fall umorientiert und „europäisiert“ werden müssten, so die Zeitung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31660/86/316608681.jpg>

Lug-info.com: Die Vertreter der LVR werden beim nächsten Treffen in Minsk am 19. Juli die Teilnehmer der Kontaktgruppe und ihrer Unterarbeitsgruppen über Akte psychischen Terrors von Kiewer Soldaten gegen Verwandte von Soldaten der Volksmiliz informieren. Dies teilte heute bei einer Pressekonferenz die Vertreterin der Republik in der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen Olga Kobzewa mit.

Sie erklärte, dass Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine weiter Methoden des psychischen Terrors gegenüber Verwandten von Soldaten der Volksmiliz verwenden. Unter anderem waren von den Handlungen der Kiewer Soldaten Verwandte der Soldaten der Republik Alexandr Lanschakow und Oleg Kremnew betroffen.

„Meine Frau fuhr mit unserem zehn Monate alten Kind zu ihren Eltern in Nowoajdarskij-Bezirk in das Dorf Michajljuki. Am nächsten Tag kamen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine zu ihnen nach Hause, nahmen die Dokumente meiner Frau, d. h. Pass und Geburtsurkunde des Kindes. Sie riefen mich vom Mobiltelefon meiner Frau aus an und empfahlen mir nachdrücklich mit ihnen zusammenzuarbeiten, sonst würde die an meiner Familie Vergeltung üben, besonders an dem Kind“, berichtete Lanschakow.

Kremnew teilte mit, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine seine Mutter und Brüder, die auf von Kiew kontrolliertem Territorium leben, bedrohen.

„Meine Eltern leben im Staniza-Luganskaja-Bezirk, im Dorf Olchowaja. Der Sicherheitsdienst der Ukraine kommt zu ihnen nach Hause, droht mit Vergeltung an der Familie. Meine Mutter lebt mit zwei minderjährigen Kindern zusammen. Sie begründen es damit, dass ich auf jene Seite übergegangen bin“, berichtete er.

„Über diese Fälle werden die entsprechenden internationalen Organisationen informiert und auf den nächsten Minsker Verhandlungen wird die Situation angesprochen“ sagte Kobzewa.

„Solche Methoden fallen unter die Klassifizierung „Terrorismus“. Mit solchen Schritten, einem solchen Arbeitsstil, zeigt die ukrainische Regierung ihr wirkliches Verhältnis zur Regelung des Konflikts im Donbass“, unterstrich sie.

de.sputniknews.com: Zeitung: Finnland bereitet sich auf Krieg mit Russland vor – im Untergrund.

Angesichts des großangelegten russischen Militärmanövers in der Nähe der finnischen Grenze hat die politische Führung in Helsinki beschlossen, ihre Bürger in die Wahrheit über das Netzwerk von Untergrundtunneln unter der Hauptstadt einzuweißen. Dies berichtet die Zeitung „The Wall Street Journal“.

Das Tunnel-Netzwerk unter Helsinki mit einer Gesamtlänge von 200 Kilometern vereint demnach die U-Bahn, Einkaufszentren, Parkplätze, Strom- und Wasserversorgungslinien zu einem einheitlichen System. Einige Tunnel würden nur vom Militär benutzt und seien mit einer Insel verbunden, auf der eine Militäreinheit stationiert sei, die für die Verteidigung der finnischen Hauptstadt zuständig sei. Die Eingänge seien zudem mit explosionsfesten Türen geschützt.

Die „Untergrundstadt“ stellt dem Blatt zufolge eine überlebenswichtige Verteidigungslinie für Helsinki dar. Dort gebe es für den Fall einer Naturkatastrophe oder eines Überfalls Platz für mehr als 600.000 Einwohner. Darüber hinaus gebe es dort ein Wasserversorgungssystem und Internet.

Diese unterirdische Stadt existiert der Zeitung zufolge schon seit Langem. Doch Finnland habe erst jetzt beschlossen, von ihr Gebrauch zu machen. Grund sei die kommende Übung „Zapad 2017“ — das größte Militärmanöver Russlands seit dem Kalten Krieg.

Ein Vertreter des finnischen Verteidigungsministeriums soll erklärt haben, dass das finnische Militär sichergehen wolle, dass es unter der Erde Überlegenheit habe, wenn Russland plötzlich „vor der Tür steht“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31660/89/316608975.jpg>

Dan-news.info: Die Säle des militärhistorischen Museums des Großen Vaterländischen Krieges, einer Filiale des Donezker republikanischen heimatkundlichen Museums, empfangen heute Schüler vom zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium. Der Direktor des Museums Denis Kusnezow erläuterte, dass für sie im Rahmen des humanitären Programms zu Wiedervereinigung des Volkes des Donbass ein besonders Programm organisiert wurde. Während der thematischen Führung durch die Säle des Museums machten sich 30 Kinder und Erwachsene vom zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium mit der Ausstellung „Der Donbass in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges“, „Krieg. Sieg. Erinnerung“, „Helden der Donezker Volksrepublik“ bekannt. Am Ende der Führung wurde den Besuchern ein Film gezeigt.

Der Ausflug in das Museum des Großen Vaterländischen Krieges ist nur der Anfang des interessanten Wochenendes. Die Aktion ging im heimatkundlichen Museum weiter, wo die Kinder an einem Kurs zur Herstellung von Souvenirs teilnahmen, danach gab es Mittagessen

und dann die Attraktionen des Schtscherbakow-Parks.

Das „interessante Wochenende“ ist eine sozial-kulturelle Aktion, die seit Juni dieses Jahres unter der Leitung des Kulturministeriums der DVR im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass stattfindet. In diesem Rahmen werden für Einwohner der DVR und des von der Ukraine kontrollierten Teils des Donezker Oblast Bildungs- und Freizeitveranstaltungen organisiert, die vor allem auf die Entwicklung der kreativen und intellektuellen Fähigkeiten der Jugend abzielen.

An dem Projekt nehmen alle Kultureinrichtungen der Hauptstadt der DVR teil – Theater, die Philharmonie, das Kunstmuseum und andere. Die Aktion geht bis zum Beginn des neuen Schuljahrs.

de.sputniknews.com: Befreiung von Mossul und Aleppo: Journalist vergleicht westliche Berichterstattung.

Die syrische Stadt Aleppo und das irakische Mossul sind im Abstand von mehreren Monaten von den Terrorkämpfern befreit worden, doch eine dieser beiden Militäroperationen wurde von den westlichen Medien scharf kritisiert, wogegen die andere von ihnen nur Lob erntete. Eine derartig unterschiedliche Beleuchtung beider Ereignisse sei ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Propaganda in der sogenannten „freien Welt“ funktioniere, schreibt der britische Journalist Neil Clark in einer Kolumne auf der Website von RT.

Die Befreiung von Mossul stellten die westlichen Medien als einen großen Sieg dar, der er zweifellos auch sei, betont Clark. Allerdings falle auf, dass der für diese Befreiung gezahlte hohe Preis vertuscht werde.

Nach den Angaben der unabhängigen Monitoring-Gruppe Airwars sollen durch die Luftangriffe und den Artilleriebeschuss seitens der US-geführten Koalition in den acht Monaten der Kämpfe um Mossul 900 bis 1.200 Menschen ums Leben gekommen sein. Laut der UNO wurden mehr als 5.000 Gebäude in der Stadt beschädigt, wobei der westliche Teil der Stadt zu 80 Prozent zerstört wurde.

„Die Opfer kommen mit Splitterwunden, mit Schusswunden am Kopf, nachdem sie aus den Ruinen geborgen wurden, mit Blut, das sogar aus den Augen tropft, sie haben ihre ganze Familie verloren, - oft kommen sie viel zu spät, um sie noch retten zu können“, sagt Yolanda Jacquemet, Vertreterin des Internationalen Roten Kreuzes.

Doch all diese Einzelheiten habe das Weiße Haus in seiner Erklärung mit einem Schweigen übergangen. Auch die Medien hätten den negativen Aspekten der Operation wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

„Wäre BBC tatsächlich objektiv gewesen, wäre die Anzahl der Verluste unter den friedlichen Einwohnern durch die Aktivitäten der US-geführten Koalition in den Meldungen aufgetaucht“, so das Portal Media Lens.

Das alles steht laut Neil Clark im Kontrast zu dem, wie im Westen die Ereignisse der Kämpfe um Aleppo Ende des Jahres 2016 beleuchtet wurden. Damals befreiten die syrischen Truppen mit Russlands Unterstützung den östlichen Teil der Stadt von den Terrorkämpfern, doch in den westlichen Medien sei diese Operation unbedingt verurteilt worden. So habe zum Beispiel der TV-Sender Sky News zu den Ereignissen vom 14. Oktober einen Beitrag unter der Überschrift „Aleppo, der Tod einer Stadt“ gebracht.

Unbestätigte Meldungen von regierungsfeindlichen Gruppen, zum Beispiel von den sogenannten „Weißhelmen“, dass die syrischen und russischen Kräfte angeblich zivile Ziele angreifen würden, seien dagegen in den westlichen Medien breit gebracht worden.

Jene Medien, die sich erlaubten, von einer „Befreiung Aleppos“ zu sprechen, seien sofort im McCarthy-Stil kritisiert worden, erinnert Clark.

Was in Aleppo geschehen sei, sei aber real eine Befreiung von fanatischen Terroristen gewesen. Es habe dort keinerlei „Holocaust“, von dem die Medien 24 Stunden lang am Tag berich-

tet hätten, gegeben. Im Gegenteil, nach der Rückkehr der Stadt unter die Kontrolle der Behörden Syriens seien die glücklichen Einwohner auf die Straßen geströmt, um zu feiern. Die Verwaltung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge habe im Juni mitgeteilt, dass im Jahr 2017 schon 500.000 Syrer in ihre Häuser zurückgekehrt seien, schreibt der britische Journalist.

Die Schlacht um Aleppo sei deshalb in einem so negativen Ton beleuchtet worden, weil die Stadt „offizielle Feinde“ befreit hätten, betont der Autor. Ein „offizieller“ Feind im Sinne der westlichen Medien – egal ob Syrien, Russland, die libyschen Regierungstruppen im Jahr 2011 oder die jugoslawische Armee im Jahr 1999 – kämpfe nie gegen Terroristen und befreie auch nie Städte von Terrorkämpfern.

„Was auch immer sie tun sollten, so wird es stets als ‚Genozid‘ oder ‚Holocaust‘ beschrieben. Sie wählen bewusst die Zivilbevölkerung als Ziele und bombardieren Krankenhäuser des Vergnügens zuliebe“, so Clark.

Sterben aber friedliche Bürger auf Verschulden einer Seite, der der Westen wohlgesinnt sei – zum Beispiel bei Bombardierungen des Jemens durch Saudi-Arabien, so rechtfertigen dies die Medien, indem sie von „Nebenverlusten an zivilem Leben“ oder von „Fehlern“ sprechen.

Jene Leute, die wegen der Opfer unter der Zivilbevölkerung in Syrien außer sich gewesen seien, seien über ähnliche Opfer im Irak nicht gerade sehr besorgt gewesen, schließt Clark.

Die Artikel-Überschriften in den westlichen Medien sprechen Bände:

"The New York Times": Aleppo kurz davor, in volle Kontrolle der syrischen Regierung zu geraten (13.12.2016)

"The New York Times": In dem vom IS-befreiten Ost-Mossul wütet der Kampf „Tag und Nacht“ (15.02.2017)

"The Telegraph": Mit dem Fall von Aleppo verlor der Westen die Kontrolle im Nahen Ost – und das wird uns Jahrzehnte lang verfolgen (19.12.2016)

"The Telegraph": Die Befreiung von Mossul zeigt, dass die Tage des IS gezählt sind, doch ein anderer Kampf beginnt (09.07.2017)

„Le Monde“: Die Tragödie von Aleppo, das Resultat von "viel Feigheit und Gleichgültigkeit (14.12.2016)

"Le Monde": Großer Sieg in Mossul über den IS angekündigt (10.07.2017)



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31652/63/316526340.jpg>

Dan-news.info.: „Reparaturbrigaden haben die Stromversorgung in Leninskoje, Dsershinkoje, Kominternowo, Nowaja Tawrija, Saitschenko wieder in Betrieb genommen. Die Einwohner haben seit 14:00 Uhr wieder Strom“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.